

Bündnis **Nazifrei! - Dresden stellt sich quer**

E-Mail: presse@dresden-nazifrei.com

URL: www.dresden-nazifrei.com

Telefon: 0177 5199 826



Pressemitteilung

Dresden, 12.10.2011 - Das Bündnis „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer“ sieht CDU zurück auf dem Weg Richtung Grundgesetz + + + Kompromiss kann nicht heißen: Protest nur zu den Bedingungen der CDU + + + Demokratieverständnis der Staatsregierung weiter unterirdisch

In der von der CDU/FDP Regierung heraufbeschworenen Debatte anlässlich der erfolgreichen Aktivierungskonferenz wurde wieder einmal klar: die Landesregierung will Proteste gegen Nazis nur, wenn sie die Bedingungen diktieren und die eigenen Verfehlungen vertuschen kann. Weder die massenhaften Handydatenabfragen noch die aktiven Rechtsbrüche seitens der Landesregierung wurden inhaltlich angegangen.

Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses „Nazifrei! - Dresden stellt sich quer!“ dazu: „Wer wie CDU und FDP permanent Gewalt heraufbeschwört, erweckt den Anschein, dass er gerade diese will, um sich dem eigentlichen Problem nicht annehmen zu müssen. Jedes Jahr gibt es im Vorfeld warme Worte zur Einigkeit der Demokraten. Zu Kompromissen ist man jedoch nicht bereit. Wenn es drauf ankommt kann man sich an nichts erinnern und im Nachgang überzieht man den politischen Gegner mit ideologischer Repression“.

Beweis dafür sind auch die politisch motivierten Prozesse gegen BlockiererInnen. Der Auftaktprozess am Amtsgericht Dresden lief wie erwartet. Nach kurzem Eingangsstatement und einer Zeugenbefragung wurde sich geeinigt den Prozess bis Dezember zu vertagen, da Anwältin Kristin Pietrzyk auf Freispruch bestand. Interessant war auch die Aussage des Zeugen zur Blockade an der Reichenbachstraße: „Der Verlauf war friedlich, es handelte sich um ein normales Demonstrationsgeschehen“, äußerte ein befragter Hundertschaftsführer.

„Die Vertagung des Prozesses stellt eine weitere Niederlage für den Kurs der Staatsregierung dar. Versammlungsgesetz: rechtswidrig. Stürmung des Haus der Begegnung: rechtswidrig. Erkennungsdienstliche Behandlung der Betroffenen: rechtswidrig. Extremismusklausel: rechtswidrig. Prozess gegen BlockiererInnen: nicht ausermittelt und ausgesetzt. Der letzte Strohhalm für einen politischen Schauprozess ist die Immunitätsaufhebung von André Hahn. Wir fordern die Einstellung der politischen Schmutzkampagne. Wer mit rechtswidrigen Mitteln versucht, Recht herbeizureden, arbeitet gegen die Verfassung und ist Fehl am Platz“, so Radtke.

Pressekontakt: presse@dresden-nazifrei.com Telefon: 0177 5199 826